

Maßlose Massen

Aus meiner Sicht

Solidarität? Politische Visionen? Menschenrechte? Lass stecken. Wo das Volk gesprochen hat, wächst kein Gras mehr.

VON BEATE ROTHMAIER

Wenn man eine Wespenplage hat, kann man entweder die Wespen verschrecken oder den Honigtopf wegstellen. Mit unheilvollen Bildern wie diesen rechteckigen Kommentatoren das Ja des Schweizer Stimmvolks zur Masseneinwanderungsinitiative. Wie viele Ausländer in der Schweiz arbeiten und leben dürfen, regelt künftig nicht mehr das Personenfreizügigkeitsabkommen, sondern wird von der Regierung in sogenannten Kontingenten festgelegt. Rückzug in die Splendid Isolation, in der wir die eindeutigen Worte hassen, den mittleren Menschen lieben und für alles ein Maß finden.

Auch Toni Brunner, Präsident der rechtspopulistischen Schweizerischen Volkspartei (SVP), die die Volksinitiative zu verantworten hat, hat nichts gegen Ausländer. Gern dürfen sie hier für drei, sechs oder neun Monate ihre „Dienstleistung“ erbringen, sofern sie anschließend wieder zurückgehen zu ihren Familien. Deren Nachzug zu verhindern, würde die „Masseneinwanderung“ bereits um 35 Prozent senken. Erwünscht sind Arbeitskraft, Fach-



Wandern? Ja! Einwandern? Nein.

Foto: dpa/PA/design pics

Immerhin: Hier kommen die Ängste der Bevölkerung auf den Tisch.

lamentarische Opposition, denn nach der „Zauberformel“ sind seit 1959 alle großen Parteien an der Regierung beteiligt. So kommt es, dass die rechtspopulistische SVP einerseits in der Regierung sitzt und die größte Fraktion im Parlament stellt, andererseits und zur selben Zeit die direktdemokratischen Instrumente – Volksinitiativen, Referenden – nutzt und abnutzt, um außerparlamentarisch Opposition zu betreiben gegen eine Regierung, an der sie selbst beteiligt ist.

Die eine Hälfte meines erwachsenen Lebens habe ich in der repräsentativen, die andere Hälfte in der direkten Demokratie verbracht, und in beiden Systemen als Wählerin und Stimmbürgerin politisch partizipiert. Die repräsentative Demokratie hat derzeit keine besonders guten Kar-

ten. Alt wirkt sie, behäbig und ein wenig verstaubt. Europaweit hat sie sich abgenutzt, während sie europapolitisch nicht so richtig in die Gänge kommt. Und so wird nicht nur von der radikalen Rechten und ihren populistischen Wortführern, heißen sie Wilders, Strache oder Marine Le Pen, in Richtung Volksabstimmungen geschickt. Auch Bürgerinitiativen tun das, und es bilden sich unheilvolle Allianzen.

Seit nunmehr fast siebenzig Jahren leben die Länder Europas friedlich zusammen und gestalten in der Europäischen Union ein weltweit einmaliges politisches und völkerverständigendes Projekt. Dabei tun sie gut daran, sich gegen jede Art der Geschichtsvergessenheit zu stellen und sich in einem gemeinsamen Zusammenhang zu begreifen: Wanderungsbewegungen über den Kontinent etwa gehörten schon immer zur europäischen Geschichte. Aufhalten wird man sie auch durch Plebiszite und Rückkehr zu Regionalismen und Nationalstaaterei nicht. Schließlich sind diejenigen, die das Projekt EU und den Konsens der Bürgergesellschaft gefährden, nicht die Einwanderer aus armen Ländern auf der Suche nach Wohlstand, Bildung und besseren Chancen für ihre Kinder, sondern die multinationalen Konzerne der Finanzwirtschaft, der Informationstechnologien, der Pharmazie und Lebensmitteltechnik mit ihren Steueroptimierungsmodellen und Freihandelswünschen.

Während wir uns dagegen abschotten, dass ein paar Romafamilien zu viel einwandern, werden unsere Daten abgesaugt, Wasser, Luft und Boden zur Handelsware gemacht und die sozialstaatlichen Errungenschaften der letzten beiden Jahrhunderte in den Orkus der Geschichte geworfen. In der Schweiz und anderswo.

„Blinder als blind ist der Ängstliche“, schrieb Max Frisch schon 1958. Angst kommt von „eng“ und unterscheidet sich von der Furcht dadurch, dass sie diffuse Ursachen hat. Gerät sie pathologisch, wird sie zur Phobie, zur Psychose gar. Verarmungs-, Abstiegs- und Überfremdungsängste grassieren nicht nur in der Schweiz, und sie scheinen umso stärker zu sein, je objektiver sicherer das Leben ist. Ein widersprüchliches Phänomen, das gern mit der Mentalität des Schweizer Bauern begründet wird, der nach einer großen Ernte den Hagel schlag oder die Dürre umso mehr fürchtet.

Dieses rückwärtsgewandte Schweizbild wurde mentalitätsgeschichtlich im 19. Jahrhundert installiert und während des Zweiten Weltkriegs staatstragend gepflegt. Zeit, es zurück auf den Haufen der Geschichte zu werfen, denn mit einer urbanen, global agierenden Schweiz der Finanz- und Pharmakonzerne, wo nach der Finanzkrise das weltweit wichtigste Drehkreuz für den Rohstoffhandel entstand, geht das nur schwer einher.

Immerhin: Hier kommen die Ängste der Bevölkerung auf den Tisch, statt wie anderswo ignoriert und unter den Teppich gekehrt zu werden. Mag sein. Doch wer das Schweizer Volk für sein Abstimmungsverhalten lobt, muss sich die Frage stellen, ob jedes staatsbürgerliche Missbehagen via Volksabstimmung in eine Verfassungsänderung münden muss – und was das mit einem Land und dessen demokratischem Selbstverständnis macht. Immerhin: Das Volk ist die Opposition. Jeder kann eine Initiative ins Leben rufen. Was aber, wenn die direktdemokratischen Instrumente von der größten Partei des Landes konsequent genutzt werden, um im Dauerwahlkampf ihre politischen Interessen durchzusetzen?

Wobei sie das Stimmvolk mit populistischen Parolen und einer in ihren Plakaten nicht nur von fern an nationalsozialistische Propaganda erinnernden Bildsprache vor sich her treibt. Das geschieht unter dem Einsatz erheblicher finanzieller Mittel, von denen nicht bekannt ist, aus welchen Quellen sie fließen.

Noch halten sich die Schweizerinnen und Schweizer für frei, für den Souverän, der selbst sein Ja oder Nein auf den Stimmzettel schreibt. Noch halten sie sich für immun gegen das, was der Schweizer Psychiater Luc Ciompi Affektlogik nannte, derzufolge Argumente umso besser verfangen, je stärker sie in einem Klima emotionaler Einmütigkeit platziert werden. Dieses Klima zu schaffen, hat die SVP in den letzten zwanzig Jahren perfektioniert, und ich habe selten eine selbstkritische Äußerung darüber gehört oder gelesen, dass der freie Wille so frei vielleicht schon lange nicht mehr ist.

Hoch sind die Berge, eng ist das Tal. Jammern gilt nicht, denn nicht die europäische Integration und der Braindrain bestausgebildeter ausländischer Fachkräfte sichern uns Frieden und Wohlstand, sondern Wehrhaftigkeit und die Errungenschaften der direkten Demokratie. Auch das Schweizer Offiziersmesser haben wir erfunden mit seinen scharfen Klingen, um die Röschi zu teilen, seiner Pinzette, um die Rosinen zu picken, und seinem genialen Zahnstocher, um die fauligen Überreste der bilateralen Kompromisse aus den von amerikanischen Dentalhygienikerinnen fachgerecht gebleichten Zahnreihen zu kratzen, mitsamt dem letzten Rest unserer staatstragenden Wintermahlzeit aus geschmolzenem Käse. Ein guete mitenand, im schöne Schwyzerland!

Unsere Autorin Beate Rothmaier



Mit Wucht kommt der Sommer, und beschwingt rollt ein junger Mann mit dem Kinderwagen durch die staubigen Straßen nach Hause. Er simuliert Normalität, denn nichts ist normal. Das Kind im Wagen ist anders als andere. Die Geschichte vom Anderssein erzählt Beate Rothmaier in ihrem dritten Roman „Atmen, bis die Flut kommt“, der im Vorjahr bei der Deutschen Verlagsanstalt München erschien. Über gut anderthalb Jahrzehnte begleitet die Autorin den alleinerziehenden Vater und seine Tochter. Sensibel erzählt sie von Freude und Überdruß, von Liebeshunger und Geldsorgen, von Erfahrungen mit Ärzten und Behörden. Beate Rothmaier, 1962 in Ellwangen geboren, studierte deutsche und französische Literatur, Theater- und Kommunikationswissenschaften. Seit 1992 lebt sie in Zürich, sie arbeitete in Theatern und Buchverlagen und hat zwei Kinder. Für ihr Debüt „Caspar“ von 2005 wurde sie mehrfach ausgezeichnet. (SZ) Foto: Christine Strub

Schweizer Schriftsteller in der SZ

Die Sonderausgabe der SÄCHSISCHEN ZEITUNG ZUR LEIPZIGER BÜCHMESSE

wissen. Qualifikation. Unerwünscht der ganze restliche Mensch mit seinem Sozialleben, Kinderwunsch, Ausbildungsstreben, den ganzen unkontrollierbaren Begleitscheinungen wie Liebe, Freude, Sehnsucht, Tod. Wer über das Menschenbild spricht, das den Ja-Stimmen zugrunde liegt, muss über einen gnadenlosen Utilitarismus sprechen und über den Nationalismus, diese beiden Kohleschaufler im Maschinenraum des Schweizer Wohlstands.

Eine Mehrheit von 50,3 Prozent hat entschieden. In Zahlen ausgedrückt sind das 28 Prozent der Stimmberechtigten, ausschlaggebend waren etwas über achtundzwanzigttausend Stimmen. Mehrheit ist Mehrheit, Demokratie ist Demokratie, und hier ist Mehrheit gleich Demokratie, da passt kein humanitäres Blatt Papier dazwischen. Solidarität? Menschenrechte? Politische Visionen? Lass stecken. Wo das Volk gesprochen hat, wächst bürgerrechtlich gesprochen kein Gras mehr. „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden?“ Nicht bei uns.

Wer die direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild anstrebt, muss wissen, dass sie weder ein Verfassungsgericht kennt noch ein Quorum oder ein Gesetz zur Parteienfinanzierung. Vor allem aber kennt die Schweizer Demokratie keine par-

„Russland, rette uns“

Die Ostukrainer begehren gegen Kiew auf. Die Rufe nach einem Referendum über Autonomie werden auch hier immer lauter.

VON BENEDIKT VON IMHOFF, CHARKOW

Wie groß im Osten des Landes die Wut auf die neue ukrainische Regierung in Kiew ist, merkt Vitali Klitschko am eigenen Leib. Junge Männer schleudern Eier, ja sogar Steine und Feuerwerkskörper auf den Ex-Boxweltmeister, der im Zentrum von Charkow wie auf einem Präsentierteller steht. Zornige ältere Frauen recken dem 42-jährigen Plakate entgegen: „Russland, rette uns!“, steht dort etwa oder in holprigem Deutsch: „Klitschko, Du bist nicht unser.“

Nicht wenige Menschen in den Gebieten nahe der Grenze zu Russland wünschen sich ein Referendum über die Zukunft ihrer Heimat – ganz wie es die moskau-treue Führung auf der Krim für den 16. März plant. Auf der Halbinsel wie in der Ostukraine ist Russisch die Muttersprache der meisten. Und so waren Frust und Enttäuschung groß, als die neue Führung in Kiew in einer der ersten Amtshandlungen

nach ihrer Machtübernahme ein Gesetz strich, das Russisch in diesen Gegenden zur zweiten Amtssprache erhob.

Mittlerweile vergeht kaum ein Tag, an dem nicht Tausende prorussische Aktivisten in einer ostukrainischen Großstadt für größere Autonomie demonstrieren. Vor allem Rufe werden laut, das in dem industriereichen Gebiet erwirtschaftete Geld nicht mit dem landwirtschaftlich geprägten Westen teilen zu müssen. Ziel ist oft eher eine Föderalisierung des Landes denn eine endgültige Abspaltung.

Aber die Spannung wächst. In Lugansk stürmen Protestierer den Sitz der Gebietsverwaltung und zwingen Gouverneur Michail Bolotskych, erst eine Woche zuvor eingesetzt, zum Rücktritt. Auf dem Dach hissen sie die russische Fahne. „Russland, Russland“, schallen ihre Sprechchöre über die Plätze.

In der Großstadt Donezk amtiert mit dem prorussischen Aktivisten Pawel Gubarjow tagelang sogar ein selbst ernannter „Volks-gouverneur“ – auch aus Protest gegen den von der Zentralregierung eingesetzten Milliardär Sergej Taruta. Schließlich verhaftet der Geheimdienst SBU zwar Gubarjow. Nun aber gilt der junge Mann, der Verbindungen zu Neonazikreisen ha-



Foto: dpa

ben soll, vielen als Märtyrer im Kampf gegen die „Extremisten“ und „Faschisten“ aus dem Westen.

Gegner der prowestlichen Führung in Kiew zeichnen besonders das Schreckgespenst eines Überfalls radikaler Nationalisten an die Wand – etwa vom Rechten Sektor, dem militanten Kern des Umsturzes in der früheren Sowjetrepublik. Schon warnt Kremlchef Wladimir Putin, er werde die Armee ins Nachbarland schicken, falls dort

ethnische Russen bedroht würden. Immer wieder wird in Kiew die Furcht laut, prorussische Schlägertrupps könnten diesen Einsatz provozieren.

Auch Präsidentschaftskandidat Klitschko vermutet hinter den Störern „sportliche Touristen“ aus Russland. „Sie reisen durch die östlichen Regionen und fordern ein Referendum“, betont der frühere Sportstar. „Sie können zu Hause etwas verlangen, aber sollen nicht die Menschen in der

Ukraine provozieren und anstacheln.“ Örtliche Medien etwa in Lugansk berichten von Dutzenden Bussen, die Aktivisten über die nahe Grenze bringen.

Die Polizei greift nur selten ein. Zwar sichern in Donezk mit Schilden und Schlagstöcken ausgerüstete Einheiten den Verwaltungssitz. Aber bei der Klitschko-Kundgebung in Charkow halten sich die Sicherheitskräfte zurück. Bodyguards müssen den Politiker mit Regenschirmen beschützen. Oft sind die Polizisten schlicht in der Minderheit, zudem schlecht bezahlt und wenig motiviert. In der zweitgrößten Stadt des Landes hat Bürgermeister Gennadi Kernes das Sagen. Offiziell hat er Kiew zwar Treue geschworen, vorher aber galt er als Anhänger des gestürzten Janukowitsch.

Um ihren eigenen Einfluss im Osten zu stärken, setzt die Zentralregierung nun auf die Hilfe der einflussreichen Großindustriellen. So hat Interimspräsident Alexander Turtschinow nicht nur Taruta in Donezk eingesetzt, sondern auch den Milliardär Igor Kolomoiski zum Oberhaupt des Gebiets Dnjepropetrowsk gemacht, der Heimat von Ex-Regierungschefin Julia Timoschenko. Und auch der reichste Mann des Landes, Rinat Achmetow, soll offenbar eingebunden werden. (dpa)